ZU SIEBT IN EIN- EINHALB ZIMMERN

Über die Integration der Ost-Vertriebenen

RUPERT NEUDECK

Geboren 1939 in Danzig (heute Polen), deutscher Journalist,
Gründer des Cap Anamur / Deutsche Not-Ärzte e.V. und
Vorsitzender des Friedenskorps Grünhelme e.V.

Die deutschen Mütter und Frauen erbrachten die größte Leistung bei der Flucht vom Osten in den Westen. Denn wie alle der geschätzt dreizehn Millionen Flüchtlinge waren sie vogelfrei, doch sie bewährten sich in der Not der Vertreibung. Es war, wie der Historiker Christian Graf von Krockow geschrieben hat, „die Stunde der Frauen“. Bis heute ist diese Leistung nicht ausreichend anerkannt. Diese Mütter (wie meine Mutter), die damals die Kinder an die Hand nahmen und sich unter unermesslichen Gefahren in Trecks auf den Weg

machten, haben mehr geleistet, als es jede feministisch-emanzipatorische Phantasie vorsah. Sie waren damals alle „alleinerziehend“, denn die Väter und Männer waren (fast) alle noch irgendwo im Kriege oder schon in der Kriegsgefangenschaft.

Wir Neudecks waren damals mit der Mutter, der Großmutter und der Tante unterwegs: vier Kinder, das jüngste war gerade ein gutes Jahr alt und verdrehte schon die Augen, wegen des notorischen Hungers. Wir hatten keinen Weg, keine Landkarte, kein Navi, kein

Auto, kein Pferdefuhrwerk. Wenn wir mal einen überfüllten Zug erreichten, dann war die größte Sorge, dass wir Kinder schon im Zug saßen und die Mutter noch davorstand. 1946 hatten wir – nach über zehn Monaten in einer Unterkunft in Sachsen-Anhalt – endlich ein Lager in der Nähe von Schwerte an der Ruhr erreicht, von wo aus uns die lokale Behörde aufgrund der Wohnungszwangsbevirtschaftung in die geräumige Residenz eines Mühlenunternehmers befahl. Als fünf-, dann sechs-, dann siebenköpfige Familie wies man uns anderthalb Zimmer zu. Heute sagen Mitbürger: „Wie schrecklich!“ Aber die anderthalb Zimmer waren nicht schrecklich. Das war gut für uns. Es gab vier Jahre absolute Sicherheit. Wir konnten aus diesem Quartier nicht herausgeworfen werden.

In Hagen/Westfalen erlebte ich als Schüler eine Kundgebung mit Konrad Adenauer, dem Bundeskanzler, der für meine Begriffe etwas hölzern sprach. Aber der Platz war brechend voll. Selbst Pater Johannes Leppich SJ, der damals wie das „Maschinengewehr Gottes“ über die Marktplätze der westdeutschen Großstädte zog und dort – wie man sagte – aufrührerische Predigten und rote Reden hielt, brachte es nicht fertig, mehr Menschen anzuziehen. Adenauer vermittelte Sicherheit und hatte das überzeugende Ziel, den Deutschen den Weg nach Westen zu eben.

ES DROHTE MARGINALISIERUNG

Dass die Vertriebenen Aufnahme fanden, ist eine der größten Leistungen Deutschlands, die in der Zeitgeschichte ihresgleichen sucht. Während der drei Regierungen Konrad Adenauers wuchsen die Vertriebenen in diese Gesellschaft hinein. Heute, vom Jahr 2015 aus betrachtet, scheint das gar nicht mehr vorstellbar. Wenn man die harschen Debatten um die vergleichsweise kleinen Kontingente von Asylbewerbern aus Syrien, dem Nordirak und Afrika nimmt, wird einem die Distanz zu den Zeiten deutlich.

Schon bald ging es in der jungen Bundesrepublik um bürokratische Maßnahmen zur Beendigung der übermäßigen Belastung in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. So wurden 600.000 Flüchtlinge noch einmal weitertrans-

portiert und – wenn man so will – „ordentlicher“ untergebracht.

Es bestand bei den Vertriebenen die Gefahr der Marginalisierung, der sozialen und ökonomisch-politischen Randexistenz und – dass sie sich deswegen zu einer politischen Protestbewegung zusammenschließen würden. Wenn ich mich aber an meine Schultage und meine Eltern zurückerinnere, so hatten wir andere Sorgen als die Politik: die Ernährung wieder auf ein ordentliches Maß hochzufahren, einen ersten Anschlag von Gesundheitsversorgung zu erleben, erste Schritte in die Normalität des privaten und gesellschaftlichen Lebens zu tun.

Dennoch bildeten die Vertriebenen die ersten politischen Verbände: zum einen die Landsmannschaften, zum anderen eine Partei, den BHE, den „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“. Doch letzterer war eine Eintagsfliegenpartei. Die Vertriebenen waren schon bald in der Zivilgesellschaft der Deutschen angekommen. Manche schlossen sich Vertriebenenverbänden an.

Revanchisten gab es gewiss einige unter ihnen. Aber eigentlich bestand die Funktionärschicht der Verbände aus etwas hemdsärmeligen Vertretern eines Standpunktes, der damals noch von einer breiten Mehrheit und auch von der Bundesregierung unterstützt wurde: die Frage der Ostgebiete und der Oder-Neiße-Linie vor einem Friedensvertrag noch offenzulassen. Vielen von uns war aber damals schon dunkel bewusst: Es wird niemals mehr ein Deutschland in den Grenzen von 1937 geben, es könnte aber ein Deutschland als gleichberechtigten Partner in einem vereinigten Europa geben.

STREIT UM LANDSMANNSCHAFTEN

Bis heute gibt es Streit und Auseinandersetzung über die Rolle der Landsmannschaften in der Bundesrepublik. In der DDR hießen die Vertriebenen auch nicht so, sondern sie galten beschönigend als „Umsiedler“ aus den Räumen östlich der „Oder-Neiße-Linie“, die die DDR als „Friedensgrenze“ anerkannte. Die Landsmannschaften waren auch nicht die Vertreter aller Vertriebenen, weil es große Teile, ja die Mehrheit der Vertriebenen nicht in

eine Massenbewegung trieb. Die Abneigung gegen alles „Organisiertwerden“ war nach dem Alptraum der NS-Herrschaft auch unter uns Vertriebenen groß.

Es gab kleinere Verbände unter den Vertriebenen, zumal unter den kirchlich und christlich geprägten, die etwas ganz anderes vorbereiteten: stur, unermüdlich, aber leider nicht in der Öffentlichkeit anerkannt. Sie sahen ihre politische und besonders durch das Evangelium aufgegebene Verantwortung darin, sich ganz dem Werk der Begegnung und Versöhnung mit den ehemaligen Gegnern zu widmen – den „Erbfeinden“, wie es in den Geschichtsbüchern unheilvoll geheißt hatte.

In die neu geschaffenen westdeutschen Medien gelangten jedoch die Krawallmacher der Landsmannschaften, die bei ihren Pfingsttreffen immer wieder für Missklänge gegenüber den neuen Nachbarn im Osten sorgten; so überschatteten sie manche vernünftige Ansätze: etwa die des Bun-

des der Danziger Katholiken. Seine Mitglieder trafen sich seit 1947 zu einem traditionsreichen Jahrestreffen auf der Jugendburg Gemen bei Borken im Münsterland. Diese Danziger Katholiken hatten nach dem Debakel von 1939 bis 1945 nur eines im Sinn: etwas für die Versöhnung mit den Polen zu tun. Sie luden, sobald das aufgrund der damals kaum durchlässigen Grenze möglich war, polnische Katholiken aus Gdańsk ein, bis hin zum ständigen Gast Adam Krzemiński, dem bekannten Journalisten und herausragenden Kenner Deutschlands. Er hat die Treffen der Danziger immer hoch geehrt. Es gab bei den Danziger Katholiken eine sehr rührende Sorge um die alte Danziger Folklore, die Rituale der Kirche, aber eben auch eine starke Bewegung hin zur Versöhnung. Ähnliches darf man von der Katholischen Ackermann-Gemeinde der Sudetendeutschen sagen, die auch jede Feindschaft und jede Abgrenzung gegenüber den Tschechen ausschlossen.

DER LASTENAUSGLEICH

Schon bald kam es zum Gesetz über den Lastenausgleich – im Mai 1952, zeitgleich zu den Westverträgen, beriet der Bundestag abschließend darüber. Es galt, die Deutschen finanziell zu entschädigen, die durch Flucht und Vertreibung alles verloren hatten: Haus, Hof und Geld. Es war eine Art Solidaritätsleistung des neu aufgebauten Staates für seine aus den deutschen Ostgebieten stammenden neuen Bürger. Wegen der Widerstände gegen dieses Gesetz kam es zu einer kleinen Rebellion des 1950 gegründeten „Bundes der Heimatvertriebenen“ (BdV) und seines damaligen Vorsitzenden, des CDU-Bundestagsabgeordneten Linus Kather. Unter Führung des Verbands, der damals 1,7 Millionen Mitglieder umfasste, fanden sich 60.000 Vertriebene zu einer damals noch seltenen Massendemonstration vor dem Bonner Rathaus ein.

Der Bundeskanzler setzte gegenüber seinem Finanzminister ein Lastenausgleichsbudget für die ersten acht Jahre von 4,8 Milliarden D-Mark durch. Es sollten insgesamt 7,1 Millionen Feststellungsanträge in achtzehn Jahren eingehen, von denen 73 Prozent positiv, 25 Prozent negativ beschieden wurden. Die Lastenausgleichszahlungen nahmen sich für den einzelnen zwar bescheiden aus, waren aber im darniederliegenden Deutschland ein Kraftakt.

Dass Konrad Adenauer 1953 Theodor Oberländer als zweiten Vertriebenen-Minister ins Kabinett holte, war ein Missgriff. Oberländer war gewiss, wie Hans-Peter Schwarz geschrieben hat, ein zupackender Administrator, der viel für die Integration der Vertriebenen leistete und viel dazu

beitrug, dass sie nach dem Zerfall der Vertriebenenpartei BHE mehrheitlich zu CDU-Wählern wurden. Selbst wenn er später vom Verdacht, Kriegsverbrechen begangen zu haben, entlastet wurde, lässt sich nicht darüber hinwegsehen, dass er SA-Hauptsturmbannführer und Gauamtsleiter der NSDAP gewesen war. Adenauer war mit dieser Nominierung nicht einverstanden, aber die Flüchtlingsverbände bestanden darauf.

WAS BLEIBEN WIRD

Doch was bleiben wird und jetzt auch international Anerkennung findet, ist die größte Integrationsleistung, die ein noch dazu erschöpftes Volk je bewältigt hat, nämlich, dreizehn Millionen Flüchtlinge aus dem Osten Deutschlands und aus Ostmitteleuropa aufzunehmen.

Und es verdient höchstes Lob, dass diese Flüchtlinge – damals Angehörige eines Volks, das von niemandem auf der Welt mehr respektiert wurde – sich zur „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ aufrafften, die am 5. August 1950 veröffentlicht wurde. Spätere Kritik kann diesem Appell nicht seine Größe nehmen. Man muss auf die Jahreszahl schauen: 1950.

„Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können. Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas“. Das war damals – um das Mindeste zu sagen – ein befreiender Text.